

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 3 Mk., vierteljährlich 9 Mk. — Verlagsangelegenheiten kosten pro Seite 75 Pf. — Preis- und Geschäftsbedingungen werden nicht aufgezählt.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Hausmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, hiesig in Bochum, Biemelshauer Straße 38—42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegramm-Nr.: VTBerBach Bochum.

An die Arbeiter in den deutschen Industriegebieten!

Kameraden und Arbeitsbrüder! In jüngster Zeit bemühen sich reaktionäre Elemente, innerhalb der Arbeiterschaft den Nationalitätenkampf zu entfachen. In Versammlungen und in der Presse werden insbesondere die deutschen und polnischen Arbeiter gegenseitig verhetzt und es wurde sogar schon zu Gewalttätigkeiten gegen die Angehörigen der anderen Nation aufgerufen. Die Völkerverhetzung ist überall für die politische Reaktion das Mittel, ihre stark ins Wanken geratene Macht zu stärken. Die organisierte Arbeiterschaft muß, als Trägerin des Gedankens des wirtschaftlichen und politischen Fortschrittes und des Völkerefriedens, stets und überall die nationalistische Verhetzung bekämpfen. Wenn die Arbeiterschaft sich der Völkerverhetzung nicht energisch entgegenstellt, wird es zu weiteren blutigen Zusammenstößen kommen, wie wir sie in Oberschlesien innerhalb der Arbeiterschaft zu beklagen haben.

Kameraden und Arbeitsbrüder! Laßt euch nicht für die Zwecke der politischen Reaktionäre mißbrauchen, sondern tretet, getreu dem Beschluß des Internationalen Bergarbeiterkongresses

zu Genuß, für die Völkerverbrüderung ein! Alle Arbeiter, deutsche wie polnische, sind aufeinander angewiesen und genötigt, brüderlich zusammenzuarbeiten, wenn wir die uns allen geschlagenen Kriegswunden heilen wollen.

Kameraden und Arbeitsbrüder! Beherzigt unsere kameradschaftliche Mahnung und tretet den Völkerverhetzern, wo sie auch ihr verbrecherisches Handwerk treiben, einig und energisch entgegen. Nur der Friede unter den Völkern verbürgt uns eine bessere Zukunft.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

J. A.: Gusemann.

Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

J. A.: Imbusch.

Polnische Berufsvereinigung, Abt. Bergarbeiter.

J. A.: Kozacki.

Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter, G. D.

Abt. Bergarbeiter.

J. A.: Schmidt.

An die Arbeiter aller Länder!

In Anbetracht des schweren Ernstes der politischen Weltlage fordert der Internationale Gewerkschaftsbund von dem organisierten Proletariat der ganzen Welt, jedem Kriege seinen unerschütterlichen Widerstand entgegenzusetzen.

Die organisierten Arbeiter der Welt haben sich gemäß den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskongresse von Bern und Amsterdam bereithalten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg zu bekämpfen und vereint vorzugehen, um den Frieden zwischen allen Völkern endgültig herzustellen.

Die Internationale der Gewerkschaften verurteilt auf Grund des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowohl jedes Eingreifen Fremder in die inneren politischen Angelegenheiten eines Volkes, als auch jede den gegenrevolutionären Armeen gewährte Unterstützung.

Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert alle Arbeiter auf, sich dagegen zu erheben und dementsprechend zu handeln.

Diesen Grundsätzen entsprechend und in Anbetracht der Tatsache, daß die russische Revolution durch Polen angegriffen wurde, verlangt der Internationale Gewerkschaftsbund die augenblickliche Beendigung der gegenrevolutionären militärischen Angriffe auf Rußland und fordert für das russische Volk Garantien gegen jeden weiteren Überfall.

Angeichts der Erklärung der russischen Regierung, die feierlich den Willen ausdrückt, auf der Basis der polnischen Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechts des polnischen Volkes mit Polen Frieden zu schließen, erklärt der Internationale Gewerkschaftsbund, daß auf dieser Grundlage die brudermörderische Massenschlächterei aufgehört muß.

Der allgemeine Weltfrieden muß ehehalbigst hergestellt werden, und zwar auf der Grundlage der Anerkennung der revolutionären Errungenschaften und der Unabhängigkeit der Völker!

Um dieses proletarische und durchaus menschliche Ziel zu erreichen, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle organisierten Arbeiter auf, sich nicht als Helfershelfer des kapitalistischen Imperialismus gebrauchen zu lassen, und energisch jegliche Beförderung von Truppen und Munition zu verweigern.

Die zielbewusste Aktion der Arbeiter muß als Schutzwache der Menschheit die reaktionäre „Heilige Allianz“ zertrümmern, die man bemüht ist, wieder aufzurichten.

Nicht ein Zug mit Munition darf verkehren, nicht ein einziges mit Kriegsmaterial beladenes Schiff den Hafen verlassen, nicht ein einziger Soldat soll befördert werden! Dem Kriege werde keine neue Nahrung zugeführt! Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt, daß die Proletarier aller Länder diese Aktion durchführen können und müssen.

In dem Bestreben, die Freiheiten der Arbeiter und die Entwicklung der sozialen Errungenschaften zu beschützen und in der Überzeugung, daß nur der Wille der Arbeiter den Krieg einhalt zu gebieten vermag, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle Landeszentralen auf, sich bereithalten, um nötigenfalls durch Massenaktionen oder durch den Generalkonferenzentscheidungsbeschluß.

Die gewerkschaftliche Internationale fordert überdies alle Organisationen auf, Maßnahmen zu ergreifen, um in allen Ländern der Erzeugung von Kriegsmaterial ein Ende zu machen, damit endlich die allgemeine Abrüstung

durchgeführt wird, die die Völker vom Militarismus — von jeglichem Militarismus! — befreit und die Steigerung der Produktionskräfte herbeiführen wird!

Kameraden! Im Jahre 1914 war unsere Organisation noch zu schwach, um sich dem Kriege zu widersetzen. Heute ist sie eine starke Macht von 27 Millionen Mitgliedern, stark vor allem, weil von einem viel entschiedeneren antikapitalistischen und antimilitaristischen einem viel ausgesprochener sozialistischen und revolutionären Geiste befeuert. Heute muß sie in sich selbst, in ihren eigenen Kampfsmitteln, die Macht finden, der Welt die Erneuerung solcher Schrecken und Grauel zu ersparen!

Krieg dem Kriege! Dies sei die allgemeine Lösung, in der alle Arbeiter der ganzen Welt sich vereinigen!

Die Wertverminderung jeheden Transports für Kriegszwecke ist heute der Ausdruck der internationalen proletarischen Solidarität!

Kameraden! Der Internationale Gewerkschaftsbund zählt auf euch!

Der Internationale Gewerkschaftsbund:

M. A. Appelton, Vorsitzender. L. Foubert, 1. Vizevors.

E. Mertens, 2. Vorsitzender.

E. G. Timmen, J. Dudgeon, Sekretäre.

Arbeiterinnen und Jugendliche im Bergbau.

In der amtlichen Statistik über die Bergarbeiterlöhne in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens, die bis jetzt einschließlich 1. Vierteljahr 1920 vorliegt, wird der Anteil der einzelnen Arbeiterklassen an der Gesamtbelegschaft in Verhältniszahlen angegeben. Wenn man diese Verhältniszahlen in absolute Zahlen umrechnet, dann waren in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens je im 2. Viertel 1914 bis 1919 und im 1. Viertel 1920 Arbeiterinnen beschäftigt:

	2. 1914	2. 1915	2. 1916	2. 1917	2. 1918	2. 1919	1. 1920
Ruhrgebiet	—	—	7680	16500	17102	9203	2894
Oberschlesien	5785	7574	12512	18664	14909	18908	13277
Niederschlesien	340	411	1286	1735	1906	1840	1010
Saargebiet	—	—	—	950	1000	52	—
Nachener Steier	—	—	—	247	491	125	113
Niedersch. Steintohlenbergb.	—	—	—	230	678	813	273
Waller Braunkohlenbergb.	506	1267	4326	5411	5409	5406	4201
Waltch. Braunkohlenbergb.	—	52	230	1016	832	246	90
Haller Salzbergbau	13	36	67	396	434	182	139
Glauzhäler Salzbergbau	1	45	394	466	522	178	129
Raasdorfer Erzbergbau	—	112	2984	8220	2479	920	20
Oberharzer Erzbergbau	7	217	456	524	611	846	273
Siegener Erzbergbau	250	368	464	485	481	594	508
Rafau-Wehlener Erzbergb.	25	40	74	35	76	46	45
Reichthaler Erzbergbau	121	188	283	302	271	116	47
Waltch. Erzbergbau	68	63	74	101	144	187	62
Zusammen	7205	10223	31090	45620	47555	33501	33070

Das Saargebiet wird im 1. Viertel 1920 in der Lohnstatistik nicht mehr geführt. Im Saargebiet betrug die Gesamtzahl der Arbeiter im 4. Viertel 1919 53 730. Davon waren nur 54 Arbeiterinnen. Diese Zahl fällt mithin nicht sonderlich ins Gewicht. Wenn man diese Zahl auch für das 1. Viertel 1920 zugrunde legt, dann ist die Zahl der Arbeiterinnen in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens gegen das 2. Viertel 1918 um 23 531 zurückgegangen, dagegen ist sie immer noch um 16 819 höher, wie im 2. Viertel 1914. Gegen das 2. Viertel 1918 ist sie immerhin sehr stark zurückgegangen. Wenn es so weiter geht, werden wir bald den Friedensstand wieder erreicht haben, mit Ausnahme Oberschlesiens. Leider ist in Oberschlesien von einem Abbau der Frauenarbeit immer noch nicht viel zu merken.

Wenn man die Zahl der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren in der gleichen Weise wie die der Arbeiterinnen nach der amtlichen Lohnstatistik ermittelt, dann ergibt sich in

den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens je im 2. Viertel 1914 bis 1919 und im 1. Viertel 1920 folgendes Bild:

	2. 1914	2. 1915	2. 1916	2. 1917	2. 1918	2. 1919	1. 1920
Ruhrgebiet	15377	10257	22745	22651	19733	19427	20669
Oberschlesien	17263	2257	8556	7761	7253	8491	8658
Niederschlesien	993	1256	1412	1288	1194	1269	1042
Saargebiet	1932	2173	3250	3277	3008	2504	—
Nachener Steier	520	656	669	751	722	640	580
Niedersch. Steintohlenbergb.	580	637	995	972	933	894	799
Waller Braunkohlenbergb.	1055	1333	1927	1769	1945	1676	1730
Waltch. Braunkohlenbergb.	640	789	861	797	753	1045	745
Haller Salzbergbau	135	246	375	404	391	329	306
Glauzhäler Salzbergbau	171	173	294	350	316	261	220
Raasdorfer Erzbergbau	759	923	972	931	794	614	461
Oberharzer Erzbergbau	200	237	242	230	200	191	143
Siegener Erzbergbau	945	1012	1120	981	899	878	765
Rafau-Wehlener Erzbergb.	273	438	579	595	490	331	270
Reichthaler Erzbergbau	237	235	321	289	276	96	67
Waltch. Erzbergbau	77	93	103	104	95	102	79
Zusammen	31200	33654	44524	43151	38603	38749	36507

Auch hier fällt in gleicher Weise das Saargebiet im 1. Viertel 1920 aus, wodurch die Einheitlichkeit und Uebersichtlichkeit unserer bisherigen Zusammenstellungen verloren geht. Im 4. Viertel 1919 betrug die Zahl der jugendlichen Arbeiter im Saargebiet 2257 bei einer Gesamtarbeiterzahl von 53 730. Auch wenn man diese hinzugerechnet, ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter gegen das 2. Viertel 1916 erheblich zurückgegangen, sie ist aber immer noch weit höher wie im 2. Viertel 1914.

Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter gestaltete sich der absolute und prozentuale Anteil der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens zusammengenommen wie folgt:

2. Vierteljahr	Arbeiterzahl insgesamt	Arbeiterinnen absolut in Proz.	Jugendliche Arbeiter absolut in Proz.		
1914:	767 177	7 205	0,94	21 290	4,08
1915:	932 207	10 223	1,09	23 654	7,45
1916:	397 734	31 010	5,46	44 524	7,34
1917:	577 382	37 563	6,51	43 095	7,46
1918:	593 722	40 642	6,85	41 197	6,94
1919:	606 493	45 620	7,52	43 151	7,12
1920:	632 092	44 522	7,04	40 268	6,37
1917:	652 235	45 550	6,98	36 368	5,04
1918:	645 544	45 890	7,11	38 038	5,89
1919:	645 978	47 555	7,36	38 608	5,97
1920:	618 550	44 546	7,20	35 288	5,70
1918:	621 708	40 472	6,51	34 225	5,50
1919:	748 930	37 189	4,96	37 504	5,01
1920:	748 818	33 971	4,54	38 748	5,18
1919:	785 070	30 715	3,91	40 425	5,15
1920:	835 636	26 738	3,20	40 427	4,84
1920:	807 038	23 070	2,85	36 507	4,52

Durch den Ausfall des Saargebiets im 1. Viertel 1920 sind auch hier Vergleiche mit den vorhergehenden Vierteljahre nicht ohne weiteres möglich. Im Saargebiet ist die Frauenlohnung eingeführt. Die Umrechnung in Mark müßte nach dem jeweiligen Wertstand erfolgen, und das ist nicht so einfach. Immerhin müßte es versucht werden, um die Lohnstatistik in alter Weise weiterzuführen, weil ja sonst Uebersicht und Vergleichsmöglichkeiten verloren gehen. Das wäre im Allgemeininteresse nur zu bedauern.

Die Zahl der Arbeiterinnen im Bergbau ist erheblich zurückgegangen, immerhin ist sie noch weit höher wie in der Vorkriegszeit. Wir vermögen durchaus nicht, daß der Abbau der Frauenarbeit sich nicht im Sande und Schutt verliert. Vielen Frauen wird es nicht so schnell möglich sein, anderwärts Beschäftigung zu finden. Daran muß jedoch festgehalten werden, daß die Bergarbeit auch Uebertage für Frauen viel zu schwer, schmutzig und gesundheitsgefährlich ist. Abgesehen von den gesundheitlichen Gefahren auch für unseren Nachwuchs gehen dabei Anmut und Würde des Weibes verloren. Darum muß der Abbau der Frauenarbeit im Bergbau so schnell wie möglich erfolgen.

Bei der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter muß auf ihre Leistungsfähigkeit und Fortentwicklung mehr Rücksicht genommen werden. Es sind nicht immer die leichtesten Arbeiten, womit die jugendlichen Arbeiter beschäftigt werden. Oft genug werden sie an der Gängebank mit Aufschieben und Abziehen der Wagen, mit Aufschleppen usw. beschäftigt. Das sind Arbeiten, die über ihre Kräfte gehen. Ebenso steht es mit den Arbeiten an Kokereien, in Bräutereien usw. Unsere jungen Kameraden müssen künftig mehr zur Organisation herangezogen werden. Sobald sie sich hier besser betätigen wie bisher, wird auch ihre Beschäftigungsart und Entlohnung mehr Beachtung finden.

In der Vorkriegszeit wurde rücksichtsloser Raubbau an Menschenkraft getrieben. Dieser Raubbau hat den Wettbewerb der Völker untereinander immer mehr verschärft und schließlich zum Weltkrieg geführt. Aus den Erfahrungen der Vorkriegszeit müssen wir lernen, daß der Raubbau an Menschenkraft der Menschheit letzten Endes zum Verhängnis werden muß. Wir müssen zur Menscheneconomie kommen. Im Mittelpunkt des Produktionsprozesses muß der Mensch stehen als Selbstzweck und nicht als Mittel zum Zweck der Profitmacherei. Menscheneconomie allein führt zur Menschheitskultur und Völkerverständigung.

Betriebsrätekonferenz in Essen

Am 22. August tagte in Essen eine Konferenz der Betriebsräte von Rheinland, Westfalen und Ruppel-Deilmold, die im Auftrage des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa einberufen, und von 103 Orten besetzt war. Ueber: Betriebsräte und Wirtschaftspraxis führte Ingenieur Richard Böhm, u. a. aus: Die heutige Betriebsrätekonferenz für Rheinland, Westfalen und Ruppel-Deilmold hat sehr wichtige Beschlüsse zu fassen. Sie muß bei allen Dingen endgültig darüber entscheiden, daß die Aufnahmefähigkeit

der Betriebsräte durch die Gewerkschaften erfolgen muß, wenn die Betriebsräte zu einem Wirtschaftsfaktor ausgebildet werden sollen. Das größte Unglück war für das deutsche Proletariat, als es zur Macht kam, der ungestüme Bruderkrieg. Durch ihn wurde in der sozialistischen Parteibewegung die beste Kraft zersplittert und das Beste wurde auch in der Gewerkschaftsbewegung eintreten, wenn wir nicht alle schnell und endgültig den zersplitternden Elementen Paroli bieten. Drei Fragen müssen vor der heutigen Beratung zugrunde liegen, wenn wir zur Macht kommen wollen:

1. Welche Bedeutung hat das Betriebsrätegesetz für die Arbeiterklasse?
2. Welche Stellung nimmt der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer im Wirtschaftslieben ein?
3. Wann die gewerkschaftsfremdliche Betriebsrätezentrale das Proletariat zu sozialistischen Erfolgen führen?

Es gibt viele Arbeiter, die das Betriebsrätegesetz als außerordentlich wichtig bezeichnen. Wir müssen zugeben, daß auch unsere Erwartungen und Hoffnungen, die wir an das Betriebsrätegesetz geknüpft haben, nicht in Erfüllung gegangen sind. Aber es muß gegenüber der ersten Behauptung doch festgestellt werden, daß das Betriebsrätegesetz der Arbeiterklasse im Gegensatz zur Vorkriegszeit, ganz gewaltig die Entwicklungsmöglichkeiten gegeben hat. Es muß auch gesagt werden, daß das Betriebsrätegesetz in manchen Punkten schlecht wurde, weil gewisse Teile bei der Beratung dieses Gesetzes in der Nationalversammlung durch ihre Passivität dazu beitrugen, daß arbeiterfeindliche Bestimmungen in das Gesetz hineingebracht wurden. Außerdem muß aber auch betont werden, daß das Betriebsrätegesetz in viel besserem Ansehen bei der Arbeiterklasse stehen könnte, wenn die Betriebsräte imstande wären, das Gesetz restlos auszuführen zu lassen.

Ein Teil der Arbeiterklasse lebt noch in dem Glauben, daß mit möglichst radikalen Taten, ohne Rücksicht auf die Macht des Unternehmers, der Sozialismus durchgeführt werden könne. Das ist nicht nur falsch, sondern sehr gefährlich. Die größte Gefahr liegt in der Unterschätzung der Macht des Unternehmers. Diese Macht kann nicht mit einem Wortradikalismus überwältigt werden, der sich vom Boden der nächsten Wirklichkeit entfernt. Im Industriesektor hat das große Unternehmertum eine besonders starke kapitalistische Feste aufgebaut. Diese Feste kann von der Arbeiterklasse nur gestürmt werden, wenn sie in den feingegliederten Organisationsprozess der Industrie eindringt und geistig imstande ist, mit dem Unternehmertum die Klingen zu kreuzen. In großen Organisationen haben die Industriellen sich zur Abwehr gegen das Proletariat zusammengeschlossen. Dagegen gibt es einen harten und ähren Kampf zu führen, zu dem nur die Gewerkschaften befähigt sind. Die Bildungs- und Anführer, die wir gegenwärtig bei der „revolutionären“ Betriebsrätezentrale sehen, sind wirklich nicht vertrauenswürdig für diesen Kampf, sondern hätten nur die Position der Unternehmer.

Schon heute machen sich die rassistisch-vestalischen Industrie, wenn sie in ihren Verhandlungen den ersten Teil erledigt haben, nachher beim fidele Teil lustig über die Erfahrungen, die sie mit den radikalen Betriebsräten gemacht haben. Sie erklären offen, daß sie das Betriebsrätegesetz nicht zu fürchten haben, wenn sie in Zukunft mit solchen radikalen Betriebsräten am Verhandlungstisch wirtschaftliche Fragen lösen müssen. Es sind Beweise dafür vorhanden, daß die Unternehmer den radikalen Betriebsräten fräntere Bilanzen und Kalkulationen vorlegten und sie damit über den Köpfen barbierten, und es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die radikalsten Schwabro-neure im Betriebsrat am Verhandlungstisch die radikalsten sind. Angefichts dieser Umstände muß man doch fragen, wie eine selbständige Betriebsräteorganisation mit dem Wortradikalismus mit anders organisierten Leuten, ohne sozialistische Kultur und Erfahrung, das sozialistische Problem lösen wollen.

Wozum haben wir uns nun in der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern an einen Tisch gesetzt? Nicht, wie man uns vorwirft, um eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, die es nie geben wird, herzustellen, sondern um die Interessen der Arbeiterklasse in wirksam vertreten zu können. Es ist eine Illusion, zu glauben, daß wir uns dem Unternehmertum angegliedert hätten. Nein, wir wollen, daß die Industriebetriebe kurz vor dem Zusammenbruch mit uns an den Verhandlungstisch treten müßten, weil nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft alle Autoritäten zusammengebrochen sind. Gegenüber dieser Neuorientierung zwischen Kapital und Arbeit können wir keine Illusionen haben, weil wir wissen, daß diese Umgestaltung eine Frage nächster Notwendigkeiten war. Ohne das Volk, ohne die Arbeiterbewegung gibt es, besonders im Industriesektor, dem Wilschlag des Wirtschaftslebens, kein Weiterleben und keinen Aufbau des zusammengebrochenen Deutschlands. Diese Entwicklungsmöglichkeiten, die aus der Not der Zeit geboren sind, können wir nicht den wilden Organisationen überantworten. Sie können nur von den Gewerkschaften gemeißelt werden. Das haben besonders auf politischem Gebiet die letzten Zeitergebnisse gezeigt. Waren es nicht die Gewerkschaftsführer, die an jenem demütigenden 8. August der Staatsregierung ihr Diktat aufzwangen? Es gibt eben in Zukunft in Deutschland kein Regieren mehr ohne die Zustimmung der Arbeiter. Und wer hat denn in Spa neben dem höchsten Politiker Stinnes der Konferenz den Stempel aufgedrückt? Es war Sie, der mit seinen niedrigen aber festen Worten alle Diplomaten zum Schweigen brachte. Wer als Gewerkschaftler diese gewaltigen Kräfte nicht fühlt, ist wirklich zu bedauern.

Das Wirtschaftsleben der Zukunft gestaltet sich außerordentlich kompliziert und es muß der Arbeiterklasse gesagt werden, daß sie von der Wirtschaft der Zukunft vorläufig keine Erleichterung erwarten kann. Manche Arbeiter haben geglaubt, daß wir in Deutschland und besonders im industriell-wirtschaftlichen Industriesektor schon die höchste Stufe der Wirtschaft erklommen hätten. Das ist ein Trugschluss. Es muß offen ausgesprochen werden, daß wir einer Zeit entgegengehen, die wirtschaftlich im Amerikanismus mündet. Der Arbeitsprozess der Zukunft muß sich komplizierter gestalten, denn das deutsche Volk kann sich in der Welt nur behaupten, wenn es die zusammengebrochene Wirtschaft nach den besten Methoden aufbaut. Wehe, wenn die Arbeiterklasse sich der Illusion hingibt, diese hochgetriebenen Wirtschaftsformen mit einem ungeheuren Wortradikalismus überwäligen zu können.

In dieser wirtschaftlichen Entwicklung ist es unsere Aufgabe, einer geschickten Erwerbswirtschaft der kapitalistischen Menschheitsökonomie die sozialistische Ökonomie der Gemeinwirtschaft entgegenzustellen. Wir müssen bis zu einem gewissen Grade die vereinzelte Wirtschaftsentwicklung unterstützen, aber darauf achten, daß die Grenze nicht überschritten wird, wo das Proletariat sozial und wirklich Schaden erleidet. Um diesen gesteigerten Amerikanismus und verfeinerten kapitalistischen Organismus nicht zum Aufbau an der Arbeiterklasse ausarten zu lassen, benötigen wir aber am Verhandlungstisch alte bewährte Vertrauensmänner der Arbeiterklasse, sachkundige Wirtschaftskenner, die es verstehen, den raffinierten Schlingen der Kapitalisten wirksam zu begegnen. Deshalb ist es ungenügend, daß das Proletariat vor die großen Zukunftsfragen gestellt werden. Wir haben in der geschichtlichen Entwicklung im halben Jahrhundert überprüften, das kennzeichnet sich besonders in der Unterwerfung der geistigen Verfassung zwischen Unternehmern und Arbeitern. Vieles Unterdrückt ist es auszuwachen durch tätige Beteiligung und Ausfüllung des Proletariats, besonders aber der von der Arbeiterklasse gewählten Vertrauensmänner, die dazu berufen sind, mit dem Unternehmer am Verhandlungstisch die Interessen des Proletariats wahrzunehmen.

Der Radikalismus ist eine bewundernde Erscheinung, aber gegenüber den Vorurteilen der Sinnes und Gewissen, die die Arbeiter als Geher verurteilen, muß doch mit allem Nachdruck betont werden, daß dieser Radikalismus die Quittung für die früheren kapitalistischen Schwandarten ist. Die Arbeiter haben es noch nicht vergessen, daß die Industriebetriebe sie einstmals durch ihren Sortierapparat als Geher auf die Straße wiesen, wenn sie ihre Menschenrechte verteidigten. Wenn heute die Arbeiter noch heimatlos zum Teil hin- und herkommen, so ist das lediglich auf die brutale Sozialpolitik der Eigentümer und Gewissen zurückzuführen, die jahrzehntelang mit dem Proletariat Schindluder trieben.

Im Verhandlungstisch werden in Zukunft die Schlichter zwischen Kapital und Arbeit ausgetrieben werden. Da gilt es, der gerechten Sozialpolitik der Kapitalisten das hochwertigste Menschenmaterial an der Arbeiterklasse entgegenzusetzen. Die Betriebsräteorganisation ist aus diesem Grunde weniger eine Organisationsfrage als eine Menschenfrage. Diejenigen, die am meisten über die Arbeitsgemeinschaft schimpfen, haben Angst vor der eigenen Corrage, weil sie vom Gefühl der Unfähigkeit befallen sind. Der Radikalismus ist gerade die Schwäche der

Arbeiterbewegung am Verhandlungstisch höchst blamiert haben. Die Betriebsräte werden für die nächste Zukunft die Vorposten der Arbeiterbewegung sein. Dabei wird die wichtigste Auseinandersetzung zunächst auf dem Gebiet der Lohnfragen und wirtschaftlichen Interessen des Proletariats liegen. Hier hat der Betriebsrat als Voraussetzung zur wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen sein Hauptaugenmerk auf Sachkunde in der Kalkulation zu richten. Es muß dem Unternehmer bei den Verhandlungen unter Beweis stellen können, daß seine Angaben zur Ablehnung der Lohnforderungen falsch sind. Wenn die Betriebsräte so weit geschult sind, ist es ein leichtes, die Interessen der Arbeiter wirksam zu vertreten und dadurch auch dem Sozialisierungsprozess der Wirtschaft die Bahn zu ebnen. Heute kommt es nicht darauf an, über die Uebel in der Arbeiterbewegung mit wohlwollender Rücksicht hinwegzusehen, sondern auszusprechen, was ist, kann uns nur helfen. Es ist erforderlich, daß sich zu diesem Bestreben auch namhafte unabhängige Gewerkschaftsführer zurückgefunden haben.

Die gewaltigen Aufgaben, die dem Proletariat bevorstehen, können nur von den Betriebsräten in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften durchgeführt werden. Die Gewerkschaften sind Erfahrungsbereiche, wo sich alle in jahrzehntelanger, mühevoller Arbeit gesammelte Erkenntnisse aufgehäuft hat. Diese Erfahrungen gilt es zu nutzen. Die Zeit wird kommen, wo die Betriebsräte sich hilfesuchend an die Gewerkschaften wenden müssen, weil nur die Gewerkschaften gegenüber dem Kapital Wirtschaftsfaktoren sind. Nur die Gewerkschaften können den lebensigen Bildungshunger des Proletariats befriedigen und die Menschenqualität erzeugen, die die revolutionäre Zeit gebraucht. Ein weithin sichtbares Zeichen dieser gewerkschaftlichen Macht ist die Einrichtung eines Lehrstuhles an der Universität Münster, wo die Betriebsräte für ihre gewaltigen Aufgaben geschult werden sollen. Die Wirtschaft der Zukunft mit ihren verfeinerten Arbeitsmethoden kann nicht mehr mit primitiver Muskelarbeit befriedigt werden. Je höher sich die Wirtschaftsentwicklung entwickelt, um so höher muß auch der Arbeiter mit seiner Kultur in den gesellschaftlichen Bereich hineinwachsen. Vom gewerkschaftlichen Kampfführer die Dinte zur verfeinerten Gewerkschaftsstrategie. Mit eigenem Erleben und seiner Mitbestimmung muß das Proletariat in den Wirtschaftsprozess hineinkommen. Erst dann kann der sozialistische Gemeinwirtschaft die Bahn zur Vollendung geebnet werden. In diesem Sinne wird und muß das Proletariat kämpfen!

Als Vertreter der Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und der Ma referierte dann Prolat, Berlin, über den „bisherigen“ Stand der Betriebsräteorganisationen. Er erörterte zunächst die Gesichtspunkte zur organisatorischen Zusammensetzung der Betriebsräte, die die Betriebsräte befähigen, auch wirklich kraftvoll ihre Aufgaben zu erfüllen. Dann gab er eine Gegenüberstellung der früheren Gewerkschaftsaufgaben, die sich in der Hauptsache auf die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen beschränkten, gegenüber dem augenblicklichen Aufgabenkreis, der durch die Revolution in sozialistischer Hinsicht wesentlich erweitert worden ist. Jetzt sei erst die Möglichkeit gegeben, die Gewerkschaften als eine mächtige Waffe in den Dienst des sozialistischen Kampfes zu stellen. Beweiserweise müsse aber konstatiert werden, daß sich die Arbeiterklasse im günstigen Augenblick durch eine geradezu wahnwitzige Kräfteerschöpfung verzettelt. Viel zu viel Kraft sei in diesem Bruderstreit schon vergeudet worden, und es sei wirklich höchste Zeit, nun endlich einmal die Erkenntnis in sich aufzunehmen, daß es so unter keinen Umständen weitergehen kann, daß das Proletariat nur vermöge seiner Einigkeit den Kapitalismus überwinden könne. Ein großer Störfaktor in der Arbeiterbewegung sei die „selbständige“ Betriebsrätezentrale, die die Gewerkschaften zersplittere. Ohne die Gewerkschaften seien die Betriebsräte in ihrer Machtausübung gegenüber dem Kapital ein Nichts. Als christlicher freier Gewerkschaftler müsse man den historischen Irrtum einer Arbeitsgemeinschaft mit den Gelden ablehnen. Letztere habe man in Deutschland schon zu viel Organisationen, so daß es ein Wahnsinn wäre, die Arbeiterkraft noch weiter zu zersplittern. Im übrigen sei die Betriebsräteorganisation in ihrem wesentlichen Teil auch ein Finanzproblem, das nur durch die Gewerkschaften gelöst werden könne. Die Forderung der Radikalen, daß die Betriebsräte Kontrolleure der Gewerkschaften sein müssen, müsse rundweg abgelehnt werden. Eher sei es notwendig, daß die Gewerkschaften die Betriebsräte kontrollieren, damit sie nicht egoistischen Betriebssozialismus treiben. Durch eine selbständige Betriebsrätezentrale werden gewaltige Kompetenzstreitigkeiten entstehen. Wichtig sei vor allen Dingen für die Betriebsräte der enge Zusammenhluß mit der Arbeiterklasse, die in der Ma organisiert ist. Prolat erörterte dann in eingehender Weise die Richtlinien des A. D. G. B. und der Ma, die wir in Nr. 25 der „Vergarb.-Ztg.“ veröffentlicht haben.

An der Aussprache über die beiden Referate beteiligten sich 10 Redner. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Der Betriebsrätekongress des A. D. G. B. und der Ma für Rheinland, Westfalen und Lippe-Deimold erklärt sich bereit, an dem Aufbau der Wirtschaft und Erfüllung der in Spa von der deutschen Regierung zugegebenen Verpflichtungen mitzuwirken, um gemeinsam mit der Arbeiterbewegung der anderen Länder die Welt aus dem Elend und dem Trümmersfeld des Weltkrieges hinauszuführen. Zugleich aber wird gefordert, daß die Sozialisierung der Volkswirtschaft und Verteilung sofort in Angriff genommen und dem Reichstag schnellstens ein entsprechender Gesetzentwurf unterbreitet wird.

Ferner muß ermahnt werden, daß die Rechte der Betriebsräte erweitert werden, besonders diejenigen, welche sich auf die Kontrolle der Produktion, des Absatzes, des Selbstverbrauchs und der Preisbildung erstrecken.

Dieser Aufbau in Politik und Wirtschaft ist zunächst eine Arbeiterfrage und die Organisationsvertreter der gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenverbände für den Industriebezirk von Rheinland und Westfalen, dem Herzen der deutschen Wirtschaft, sind sich der Bedeutung ihrer Mitarbeit wohl bewußt.

Wir werden uns mit allen Kräften gegen jeden Versuch wehren, innerpolitisch die Gefährdung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu fördern.

Die Voraussetzung aber dafür, daß in Rheinland-Westfalen gearbeitet wird, ist nur dann gegeben, wenn auch außerpolitisch Deutschland in Ruhe gelassen wird. Die Organisationsvertreter erklären, daß jedem Anschlag gegen die Neutralität Deutschlands von der Arbeiterbewegung in Rheinland und Westfalen mit allen Mitteln Widerstand geleistet wird. Die Eisenbahner und Transportarbeiter werden alle Hilfe bereitwillig, Munitions- und Transporttransporte der Entente durch Rheinland-Westfalen zu führen. Es wird ebenfalls nicht möglich sein, im Falle einer Besetzung des Ruhrgebietes die Bergarbeiter zur Kohlenförderung zu bekommen. Die gesamte Arbeiterbewegung unseres Industriegebietes wird hier gemeinsam handeln.

Die Arbeiterbewegung von Rheinland und Westfalen steht treu zur Internationale der Arbeit, des Friedens und der Solidarität.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Vom Segen der freien Wirtschaft.

Zwischen dem Vorsitzenden des Ausschusses der Reichswirtschaftsstelle für Kunststoffsche und Stoffabfälle und einem Mitglied dieses Ausschusses, einem hiesigen Fabrikdirektor, hat eine polemische Auseinandersetzung stattgefunden. Der Fabrikdirektor schreibt:

Ich habe es als einen Fehler in der Führung der Rumpen- und Kunststoffscheindustrie erklärt, daß man bei Kriegsende bei uns vorhanden gewesene Rohmaterialien nicht zur planmäßigen geordneten Herstellung der so dringend notwendigen Volkswirtschaft verwendete, sondern dieselben dem freien Handel zu hellebiger Verwendung ausliefern ließ. Ich habe auf die große Verwertung der Volkswirtschaft hingewiesen, die auch zum Teil aus diesem Fehler entstanden ist. Herr W. findet nichts Unrechtes dabei, wenn der Arbeiter, wie ich es in meiner Abhandlung geschildert habe, für einen Vordamm aus Kunststoffsche, dessen Herstellung keinerlei besondere Intelligenz des Fabrikanten erfordert, anstatt 3,25 Mk. per Meter, wie er in der Zwangswirtschaft fast eben noch hergestellt werden konnte, 24 Mk. in der freien Wirtschaft, aus den inzwischen dorthin abgegangenen Rohmaterialbeständen hergestellt, bezahlen mußte. Ich wollte ja gerade durch die Zwangswirtschaft die Vorteile der freien Wirtschaft zeigen, daß deren Preise, sich nach der Weltmarktpreis richteten, was höher liegen, je niedriger die Mark in Ausnahmezeiten konnte. Weil man die Bestände dem freien Handel zuführte, so liefen eben solche, die soeben noch für eine Mark per Kilogramm aus der Zwangswirtschaft abgegangen waren, bald darauf zehnmal mehr und veranlaßten bei uns Warenpreise für den Arbeiter, die denselben zu Rohnerhöhungen nötigten. Jetzt haben die Händler auf hohen Warenpreisen, zu denen sie nichts verkaufen können. Die Käufer wissen, daß z. B. Waren aus der Baumwollwaren gefertigt wurden, die bis 160 Mk. per Kilogramm kosteten, heute aber nur 47 Mk. bezahlt werden gebauert

werden. Dem entsprechen die heruntergesetzten Preise in den Geschäften noch lange nicht! Die Käufer streiken also fort; wie lange noch, etwa bis die aus den so verbilligten Garnen erzeugten Waren angekommen sind? Solange die Käufer streiken, solange fehlen den Fabrikanten die Aufträge und den Arbeitern die Arbeit. Was soll geschehen? Diese Frage muß zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Reichswirtschaftsstellen schnellstens besprochen werden. Öffentlich konstituieren sich zu dem Zweck die Reichswirtschaftsstellen recht rasch in paritätischer Besetzung, wie solche für die Reichswirtschaftsstelle für Kunststoffsche und Stoffabfälle bereits Anfang dieses Jahres beschaffen, aber noch bis heute nicht durchgeführt wurde.

Die bei der Reichs-Rabern A.-G. vorhanden gewesenen Bestände in Wolllumpen sind genau wie die Baumwolllumpen kurz nach Aufhebung der Beschlagnahme wegen der Entwertung des Marktes unvernünftig in die Höhe gegangen. Jetzt befinden sich die Stoffe aus den teuren Wolllumpen ebenfalls in den Lagern der Verkaufsgeschäfte. Inzwischen ist der Kurs der Mark gestiegen. Jetzt müßte der Fabrikant den Händler eigentlich den früher wegen der Markentwertung aufgeschlagenen Preis, der lediglich Konjunkturgewinn darstellt, zurückzahlen, damit die Waren auch so billig verkauft werden können als die, welche jetzt wegen der Besserung des Marktes billiger abgegeben werden. Wenn kein Ausweg gesucht wird, daß die Händler ihre teuren Waren ohne zu großen Verlust zu erleiden recht bald los werden können, so entsteht in der Textilindustrie eine ungeheure Katastrophe!

Für uns gibt es nur eine Lösung, nämlich den Zusammenschluß der Textilfabrikanten zu gemalotrisch-organisierter Fachgruppen. Den wirklich sachkundigen Unternehmern bleibt dabei noch genügend Spielraum für die technisch-organisatorische Ausgestaltung des eigenen Betriebes zur Erzielung von Höchstleistungen. Die Beschaffung der Beschäftigung ist eine sehr wichtige Angelegenheit der Volkswirtschaft, zum größten Teil eine technisch einfache Massenproduktion. Dem Wucher der Unternehmer und Schieber kann nur auf dem Wege der Organisation begegnet werden. Die sich täglich vermehrende Schaar der arbeitslosen Textilarbeiter dürfte bald lauter sprechen, wenn die organisierte Arbeitsbeschaffung nicht in aller Kürze einsetzt.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Das neue Lohnbeschlagnahmegesetz.

Durch Reichsgesetz vom 10. August 1920 ist die bisherige Verordnung betreffend Pfändung des Arbeits- und Dienstlohns geändert. Der besseren Verständlichkeit wegen wollen wir auf den Abdruck des Gesetzes verzichten, dafür aber in einfacher Sprache zeigen, wie das neue Gesetz aussieht. Das neue Gesetz tritt am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft. Von da an gilt also folgendes:

Bei einem Schuldner, der Frau und Kinder oder andere Personen zu unterhalten hat, bleiben von dem verdienten Lohn zunächst 5000 Mk. pro Jahr oder monatlich 416,66 Mk. pfändungsfrei. Außerdem bekommt er von dem über diesen Betrag hinaus gehenden Mehrverdienst noch ein Fünftel. Dann werden die von dem Schuldner zu unterhaltenden Personen zusammengezählt und für jede derselben erhält er weiter ein Fünftel des Mehrverdienstes hinzugezählt. Hierbei besteht aber die Einschränkung, daß auch bei den topfärksten Familien nicht mehr als sechs Fünftel hinzugezählt werden dürfen.

Einmal bleiben z. B. einem verheirateten Bergmann mit 5 Kindern von seinem, sagen wir 1200 Mk. ausmachenden Monatsverdienst nur folgende Beträge:

1. Unpfändbarer Grundbetrag 416,66 Mk.
2. Ein Fünftel von den 783,34 Mk. Mehrverdienst . . . 156,66
3. Für Frau u. 5 Kind. sechs Fünftel d. Mehrverb. . . 469,98

Ca. 1041,90 Mk.

Mit dieser Summe hätte dieser Schuldner für seine zahlreiche Familie immer wenigstens noch halbwegs etwas in der Hand, wenn nicht noch eine andere Bestimmung da wäre, welche besagt, daß auch bei der topfärksten Familie der unpfändbare Lohn nicht mehr als 750 Mk. pro Monat ausmachen darf.

Ein Lediger kann monatlich 333,33 Mk. und ein Fünftel des Mehrverdienstes, nicht aber mehr als im ganzen 500 Mk. erhalten.

Das sind Beträge, mit denen heututage kaum das nackte Leben gestrielt werden kann. Man kann diese Summen höchstens dann billigen, wenn es sich um reelle Gläubiger und um ganz überragende, absolut nicht zahlen-wollende Schuldner handelt. Solche Fälle sind aber in der Minderzahl. Der reelle Kaufmann verkauft nichts mehr auf Borg. Nur noch bei den Arbeiterklasse ausfallenden Abzahlungsgeheimnissen und bei den durch ihre Agenten vor Tür zu Tür die Bestellungen einholenden Schwindelfirmen kann man noch etwas „gepumpt“ bekommen. Und für diese werden die meisten Lohnpfändungen erlassen. Miesige Summen holen gerade diese Art Geschäfte auf dem Wege der Lohnpfändung dem Arbeiter von der Wirtschaft weg. Der Lohne und viel zu teure Bücher finden alle Warnungen in der Arbeiterpresse zum Trost auch heute noch flotten Absatz, weil — die Dummheit immer noch nicht alle werden. Ebenso machen die Photographiehergebrüder, die Musikschulen mit der daran hängenden „billigen“ Bioline, die Schwindelfirmen der Usto immer noch glänzende Geschäfte. Will der Gesetzgeber diese Usto Arbeiterausbeutung ausmerzen, dann sorge er dafür, daß weniger gepfändet werden kann und lege die unpfändbare Lohnsumme ähnlich hoch hinauf wie in Friedenszeiten, so hoch, daß für die Parafisten nichts mehr vom Lohne zu holen ist. Das haben wir schon seit Jahren immer und immer wieder in unserer Zeitung verlangt und heute, wo bei einem solchen Vorgehen nur die Schwindelfirmen die Leidtragenden sind, sollte dem endlich Folge gegeben werden. Je eher das geschieht, desto besser für die reelle Wirtschaft und für die Arbeiterklasse, unter welcher es leider immer noch zu viele gibt, die, um geschützt zu werden, erst bei den Schwindelgeschäften ein arbeitsloses Stück Viehgeiß bezahlen müssen.

Wer von unseren Kameraden diese Art Viehgeiß nicht erst bezahlen will, der besorge den Grundsatz: Und wenn das angebotene Ding noch so billig und verlockend aussieht, meine Unterschrift gebe ich nicht her! Tut er das nicht, dann, aber auch nur dann, kann ihm die Gestalt des Lohnbeschlagnahmegesetzes etwas gleichgültiger sein.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Kursgewinne im Bergbau.

Einige Handelsblätter veröffentlichen eine Zusammenstellung von 30 Kohlenbergen, woraus ersichtlich ist, daß deren Besitzer und Aktieninhaber während Deutschlands Heftiger Armut große Summen einheimen. So sind die zurzeit bewerteten Kurse der Beche Püting Ludwig von 31 000 Mk. Ende 1918 auf 54 500 Mk. Ende 1919, und auf 141 000 Mk. am 31. Juli 1920 gestiegen. Das heißt, die Besitzer der (1000) Beche dieser Gewerkschaft haben in 19 Monaten einen Kursgewinn von 110 Millionen Mark erzielt. Die Kurse der Beche Constantin der Große galten Ende 1918 36 500 Mk., Ende 1919 61 000 Mk. und am 31. Juli 1920 156 000 Mk. Kursgewinn 99,5 Millionen Mark. Die Kurse der Beche Oswald wurden Ende 1918 mit 36 000 Mk., Ende 1919 mit 61 000 Mk. und am 31. Juli 1920 mit 135 000 Mk. bezahlt. Kursgewinn 99 Millionen Mark. Die entsprechenden Zahlen für die Beche Graf Bismarck sind: 47 000, 68 500 und 130 000 Mk. (Kursgewinn 83 Millionen Mark), für die Beche Voßbrünnen 27 000, 60 000 und 126 000 Mk. (Kursgewinn 99 Millionen Mark).

Im Durchschnitt galt ein Kurs der genannten 30 Gewerkschaften: Ende 1918 11 180 Mk., Ende 1919 20 098 Mk. und am 31. Juli 1920 41 147 Mk. Je ein Kurs sämtlicher Gewerkschaften kosteten zusammen: 1918 335 400 Mk., Ende 1919 602 950 Mk. und am 31. Juli 1920 1 234 400 Mk. Der gesamte Kursbeitz der 30 Bergwerks-Gesellschaften hatte einen Wert von: Ende 1918 390 Millionen Mark, Ende 1919 818,25 Millionen Mark und am 31. Juli 1920 1 457,7 Millionen Mark. Das ist eine Steigerung um nicht weniger als 1035,7 Millionen Mark in 19 Monaten.

Nach der bestimmten Erklärung der Reichsregierung soll mit der Sozialisierung des Bergbaus nach dem abschließendem Bericht der Sozialisierungskommission alsbald begonnen werden. Da der Reichstag eine bürgerliche Mehrheit hat, wird die Sozialisierung jedenfalls nur gegen angemessene Entschädigung vorgenommen. Der Streit über das, was angemessen ist, wird besonders heftig entbrennen. Hierbei werden auch die Kursgewinne nicht außer Betracht bleiben können.

Beigüther Kohlenbergbau im ersten Halbjahr 1920.

Der Bericht des belgischen Handelsministeriums über den belgischen Kohlenbergbau im 1. Halbjahr 1920 hebt hervor, daß die Lage eine recht befriedigende ist und daß die Förderung sich stark vergrößert der Vorjahreszeit nähert. Die Förderung stellt sich monatlich wie folgt (in Tonnen):

	Nettoproduktion	Vorrat bei Monatsende	Durchschnittsproduktion
Januar	1 860 635	491 757	
Februar	1 688 750	398 240	
März	2 006 160	328 790	1 910 710
April	1 900 750	276 640	
Mai	1 737 080	287 520	
Juni	1 887 285	218 050	

	In Prozent gegenüber 1913	Zahl der beschäftigten Arbeiter über Tage	Arbeiter unter Tage	Insgesamt	Arbeits-tage
Januar	97,8	103 916	47 619	157 535	26
Februar	88,1	110 910	48 206	159 116	23
März	105,0	110 912	48 318	160 230	27
April	93,5	111 420	48 676	160 150	25
Mai	90,9	112 891	47 825	160 216	23
Juni	98,0	—	—	157 863	25

Die im Mai geleistete Minderförderung ist auf die in diesem Monat geringere Zahl der Arbeitstage 23 von 21 zurückzuführen. Die Zahl der im Jahre 1913 beschäftigten Arbeiter betrug 145 600; sie ist im Mai dieses Jahres auf 160 216 gestiegen.

Die monatliche Durchschnittsleistung der verschiedenen Kohlenbecken ist die folgende: Im Bezirk von Mons und im Zentrum zusammen 708 864 Tonnen, im Bezirk von Charleroi 626 321 Tonnen, so daß der Hennegauer Becken allein eine Durchschnittsleistung von 1 335 185 Tonnen oder 72,2 Proz. der gesamten belgischen Förderung aufzuweisen hat. Im Becken von Lüttich betrug sie 435 824 Tonnen und in demjenigen von Namur 51 022 Tonnen. Im Jahre 1913 betrug die gesamte Förderung im Königreich Belgien 22 846 000 Tonnen, wovon 6 706 258 Tonnen exportiert und 19 648 178 Tonnen eingeführt wurden; mithin belief sich der gesamte belgische Kohlenverbrauch im Jahre 1913 auf 26 Millionen Tonnen. Im Laufe der ersten fünf Monate dieses Jahres sind infolge Verträge mit ausländischen Regierungen zusammen 440 000 T. ausgeführt worden.

Die Industrie und hauptsächlich die Eisenindustrie hatte zu Anfang dieses Jahres außerordentlich unter der ungenügenden Kohlenbeschaffung zu leiden. Die Lage hat sich jedoch im Laufe des Monats April erheblich gebessert, in dem 78 532 Tonnen Kohle, d. h. 62,82 Proz. gegenüber 1913 erzeugt wurden.

Während der ersten vier Monate dieses Jahres wurden an Kohlenmengen erzeugt: Im Januar 61 579 Tonnen, im Februar 66 980 Tonnen, im März 79 494 Tonnen, im April 78 532 Tonnen, zusammen 286 585 Tonnen, was einer monatlichen Durchschnittsproduktion von 71 646 Tonnen gleichkommt. Zahlreiche Kohlenfelder sind inzwischen in Betrieb genommen worden, was auf eine demnächstige erhebliche Mehrerzeugung schließen läßt.

Neue Kohlenpreise.

Der Reichskohlenverband veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ die neuen Braunkohlenpreise, die in gemeinsamer Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrats am 30. Juli beschlossen wurden. Die neuen Preise, die merklich geringer sind als die bisherigen, betragen pro Tonne in Mark:

	Weißes (Hausbrand und Industrieformat)		Schwarzes (Förderkohle)	
	neuer Preis	bisheriger Preis	neuer Preis	bisheriger Preis
Mitteldeutsches Braunkohlenyndikat	189	211	67,50	73,20
Rheinisches Braunkohlenyndikat	218,50	240,60	90,20	78,62
Ostdeutsches Braunkohlenyndikat	127	141,75	81,50	89,20

Durchschnitt der Preise Magdeburger, Gelmstedter, Anhalters und Rastfelder Kohle.
Durchschnitt der Preise der Niederlausitzer, Frankfurter, Forster und Görtzer Gruppe.
erner werden Steinkohlenpreise wie folgt verändert: Für das Niedersächsisches Steinkohlenyndikat (Gesamtergebnis Oberharz): 122,20 Mk. je Tonne (bisher 120,10 Mk.); Vergütung für 1 in Förderkohle: 247 Mk. (245,70 Mk.), Förderkohle 1 261,60 Mk. (260,60 Mk.). Für das Niedersächsische Steinkohlenyndikat (Waldburger Kohle): Förder, ungehebt 263,60 Mk. (278,70 Mk.).

Aus den Unternehmerverbänden.

Syndikalistische Streikbrecher.
Ein Arbeiter, der der Freien Arbeiter-Union Deutschlands als Mitglied angehört und in einem Betriebe des Transportgewerbes beschäftigt war, hielt es als seine Pflicht, beim letzten Streik die Arbeit ebenfalls niederzulegen. In der selbstverständlichen Annahme, daß seine Organisation, die sich anbauend als die allseitigmachende Richtung in der Arbeiterbewegung ausbildet, ihn während dieses Kampfes gegen das Kapital unterstützen werde, ging er frohen Mutes zu seinem Vorstand, um die Unterstützung abzuholen. Aber statt Geld wurde ihm folgendes Dokument der Schande ausgehändigt:

„Ausweis.
Dem Genossen Stolzenberger wird hiermit bescheinigt, daß er der Freien Arbeiter-Union Deutschlands angehört und somit nicht im Streik steht. Sollte er nicht unterstützt werden, so sehen wir uns genötigt, ihn die Arbeit aufnehmen zu lassen.“

Föderation der Transportarbeiter von Stuttgart und Umgebung.
F. A. des Vorstandes gez.: W. Metz.
Die übergeschmüpften syndikalistischen Konfusionsräte verleugnen also die Pflicht der allgemeinen Arbeiterkollaboration und fordern ihre von ihnen verführten Mitglieder zum Streikbruch auf. Die Unternehmer haben Grund, an dieser Sorte „revolutionärer Arbeiterführer“ ihre besten Freunde zu haben. Eine schamlosere Handlung haben auch die Selbst ihren Mitgliedern nie zugemutet. Arbeiter, wenn auch diese Herrschaften mit ihren Phrasen überschüttet, dann vergeßt nicht ihre verätherischen Taten!

Technische Nothilfe und Waffentragen.

Dem Stettiner „Vollstoben“ ist ein geheimes Rundschreiben der Technischen Nothilfe an alle Nothelfer zugegangen, worin diese aufgefordert werden, sich die Berechtigung zum Waffentragen erneut zu beschaffen. Das Schreiben lautet:

„Technische Nothilfe“ beim Reichsministerium des Innern
Landesbezirk Pommern.
Eingangdatum
Vertraulich. E. H. I.

An alle Nothelfer!
Infolge des neuen Entwaffnungsgesetzes steht sich der Landesbezirk veranlaßt, sämtliche Mitgliedslisten abzuändern, da der hierauf bemerkte Waffenspaß keine Gültigkeit mehr hat.

Allen Mitgliedern, welche noch Waffen tragen wollen, ist der Landesbezirk durch den Reichsminister des Innern ermächtigt, Waffenscheine bei der zuständigen politischen Behörde zu beantragen.

Wir bitten Sie daher, Ihre Mitgliedskarte zwecks Umänderung resp. Neuausstellung umgehend an uns zurückzusenden und dabei zu bemerken, ob Tragen einer Waffe erwilligt ist, damit die zur Erlangung eines Waffenscheines nötigen Schritte unternommen werden können.

Als nähere Angaben haben wir hierfür nötig: Ihr Geburtsdatum, Wohnung, Beruf (spezielliert) und ein Lichtbild (Wappfoto). Da die Angelegenheit sehr dringlich ist, bitten wir Sie um schnellste Erledigung und zeichnen (Stempel.)

Technische Nothilfe beim Reichsministerium des Innern.
Ortsgruppe Stettin.

Wir müssen unser Bedauern darüber ausdrücken, daß eine gleichsam staatliche Organisation in der Entwaffnungsfrage ein so schlechtes Beispiel gibt. Daß man sich hier durchaus bewußt ist, das Entwaffnungsgesetz zu umgehen, beweist die Eitelkeit, mit der man die Sache betreibt. Der Reichsentwaffnungskommissar Dr. Peters hat erklärt, er werde alles unternehmen, ob Ortschaft oder Regiments. Man kann er einen Anfang machen.

Judem: Was wollen die Nothelfer mit Waffen? Ursprünglich wurde gesagt, die Technische Nothilfe soll nur zur Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe dienen. Es stellte sich aber bald heraus, daß sie auch Streikbrecherdienste im gewöhnlichsten Sinne leistete und bei den Werksbestimmern diese bezügliche Fühlung suchte. Da ist es erklärlich, wozu die Waffen gebraucht werden sollen. Wir haben uns von allem Anfang an mit allem Nachdruck gegen die Technische Nothilfe gewandt, was uns an verschiedenen Stellen sogar verarzt wurde. Wie recht wir hatten, haben alle bisherigen Erfahrungen gezeigt.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

In die deutsche Arbeiterkass!

Am 7. August haben die Arbeiterorganisationen die deutsche Arbeiterkass aufgerufen, zur Sicherung strengster Neutralität und zur Bekämpfung der Konterrevolutionen alle Waffen- und Munitionstransporte zu kontrollieren. Diese Kontrolle muß nach wie vor auf strengste durchgeführt werden, um so mehr, als jetzt sogar versucht wird, aus Deutschland über Holland Waffen und Munition nach Polen zu transportieren.

Die Organisationen haben die unterzeichnete Kommission zur Erledigung der sich hieraus ergebenden Fragen eingesetzt. Die von uns mit der Regierung über die Kontrolle der Transporte geführten Verhandlungen haben ergeben, daß volle Einmütigkeit in dem Willen besteht, alle neutralitätswidrigen und für ungewisse Zwecke (Ordnung, Einwohnerwehren usw.) bestimmten Transporte zu verhindern. Auf Grund der von dem Entwaffnungskommissar zu erlassenden Bestimmungen werden die Arbeiterorganisationen scheinungsbildend Kontrollinstanzen schaffen, die die Gewähr für den Transport nur zulässiger Sendungen bieten sollen. Bis zu dieser Regelung sind alle verbotenen Transporte anzuhalten.

Eine Ausnahme bilden alle auf Grund des Friedensvertrages erfolgenden Transporte der Entente, die nachweislich für Ententetruppen bestimmt und als solche kenntlich gemacht sind. Können Zweifel an der Zulässigkeit eines Transportes durch die am Orte zuständigen Behörden nicht behoben werden, so hat die örtliche Kontrollkommission den Beschwerdefall der Reichskommission, z. B. des Genossen Grahm an n, Berlin SO. 16, Engelauer 15 (Gewerkschaftsbund), zu melden, die für die schnellste Erledigung des Falles Sorge zu tragen hat.

Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund: Grahm an n.
Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Franz Krüger.
Für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Dr. Kurt Rosenfeld.

Für den Deutschen Eisenbahnerverband: Brunner.
Für den Deutschen Transportarbeiterverband: Bender.
Für den Hauptbetriebrat der Eisenbahnen: Ribor.

Somit zu vorkleidendem Aufwurf wie auch zu dem auf der ersten Seite dieses Blattes abgedruckten Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist zu sagen, daß die Deutsche durch den Versailles Vertrag auferlegten Pflichten unberührt bleiben.

Aufruf zum ersten Kongreß der Betriebsräte Deutschlands.

Der geschäftsführende Ausschuss und der provisorische Beirat der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände hat in seiner Sitzung vom 11. August einstimmig beschlossen, die Vertreter der Betriebsräte zu einem Kongreß der Betriebsräte Deutschlands am 5. und 6. Oktober d. J. nach Berlin, Neue Welt, Gasenheide, zusammenzubekommen. Als Tagesordnung ist vorgeschrieben:

1. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands (Referent: Genosse Wisoff).
2. Die politischen und ökonomischen Nachverhältnisse und die Sozialisierung (Referent: Genosse Dr. Hilferding).
3. Die Aufgaben der Betriebsräte (Referenten: Dittmann und Röppel).
4. Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte (Referent: Genosse Prolet).

Die Wahl der Delegierten, die Betriebsräte sein müssen und mindestens ein Jahr einer dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund oder der ihn angeschlossenen Organisation als Mitglied angehören, erfolgt ausschließlich durch die Betriebsräte. Mit der technischen Durchführung der Wahl sind die einzelnen Gewerkschaften betraut worden.

Arbeiter! Angestellte! Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenrat!

Der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit nimmt täglich schärfere Formen an. Unter dem Druck einer fürchterlichen Krise werden Hunderttausende zur Arbeitslosigkeit und damit zu grenzenlosem Elend verdammt. Ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl werden Betriebe unter wichtigen Vorwänden stillgelegt. Der Stilllegung von Betrieben durch Unternehmer gefolgt sich die Entlassung der schwer erkrankten, bescheidenen, durch das Betriebsrätegesetz geschaffenen Rechte der Arbeiter und Angestellten hinzu. Aus diesen Gründen ist eine berechtigte Erregung in sämtlichen Arbeiterkreisen eingetreten und der Drang nach Einfluß und Kontrolle auf die gesamte Produktion macht sich immer mehr geltend.

Dieser Einfluß kann nur gesichert werden, wenn eine einheitliche Zusammenfassung der Betriebsräte vorhanden ist, hinter der ebenbürtig geschaffene Gewerkschaften stehen. Diese organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte und die Regelung ihres Tätigkeitsgebietes nach einheitlichen Richtlinien wird durch den Kongreß herbeigeführt werden. Dieser hat besondere nicht nur vorübergehende Bedeutung, sondern wird durch Vereinigung der Betriebsräte zu einheitlichem Wirken die Macht und den Einfluß der Arbeitervertretung in den Betrieben dauernd sichern. Der geschäftsführende Ausschuss: gez. Grahm an n, Brunner, Dittmann, Prolet, A. D. G. B. — gez. Häuser, Hingen, Röppel, W. A.

Der provisorische Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale: Bela (Metallindustrie), Leipzig. Behr (Bergbau), Dortmund. Barmeister (Graph. Gewerbe), Dresden. Eder (Wä., Bergbau), Gelsenkirchen. Lange (Lebens- und Genussmittel), Hamburg. Mannhardt (Baugewerbe), Hamburg. Gamm er (Holzindustrie), Stuttgart. Gilleman n (Wä., Metallindustrie), Düsseldorf. Muth (Wä., Sozialversicherung), Magdeburg. Karl Müller (Landwirtschaft), Strohberg in Pommern. Friedrich Müller (Lebensmittel), Nürnberg. Raß (Wä., Textil, Versicherung- und Handelsgewerbe), Hamburg. Mette (Wä., Freier Beruf), Hamburg. van Nesen (Staatliche und kommunale Behörden), Hamburg. Roth (Chem. Industrie), Höchst a. Main. Seiffert (Verkehr), Hamburg.

Zugung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 17. und 18. August fand eine Zugung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin statt, die sich in erster Linie mit der durch das Kohlenabkommen von Spa akut gewordenen Frage der Ueberführung im Bergbau beschäftigt hatte. Seitens der Vertreter des Bergarbeiterverbandes wurde dargelegt, daß diese Frage nicht allein die Bergarbeiter angehe, sondern ihre Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft, sowohl hinsichtlich der Beschäftigungsmöglichkeit der Arbeiter und Angestellten, als auch hinsichtlich der Arbeitszeit ausüben könne. Die Einstufungsänderung sei von 1916 Mill. Tonnen im Jahre 1913 auf 116,6 Mill. Tonnen im Jahre 1919 zurückgegangen, allerdings mit einem Ausfall von 16—17 Millionen Tonnen, die auf die eckelungsbringenden und Saargruben entfallen; während die Braunkohlenförderung in dieser Zeit von 87,1 Mill. Tonnen auf 93,8 Mill. Tonnen gestiegen sei. Seitdem ist das Förderergebnis wieder etwas gewachsen, im Monatsdurchschnitt von 9,23 Mill. Tonnen im Februar 1919 auf 10,31 Mill. Tonnen im Februar 1920, bei Steinkohlen von 6,44 Mill. Tonnen (Februar 19) auf 8,46 Mill. T. (Febr. 20). An die Entente wurden geliefert im Mai 1920: 1.097.000 Tonnen, im Juni 1920: 1.087.000 Tonnen. Vom 1. August an müssen monatlich 2 Mill. Tonnen geliefert werden. Schon bisher konnte die Förderung nur durch Ueberhöhen aufrechterhalten werden. Diese müssen trotz erheblicher Einschränkungen und der Kohlenlieferung für die deutsche Industrie und den Hausbrand verlängert werden, wenn das Abkommen von Spa erfüllt werden soll.

Nach einseitiger Aussprache kam der Ausschuss zu einer Entschliessung, die wir schon in Nr. 35 der „Bergarb.-Ztg.“ veröffentlicht haben. In zweiter Stelle stimmte der Ausschuss der Einberufung des Essen-

Kongresses der Betriebsräte Deutschlands dem dafür aufgestellten Vertretungsmodus und dem zu veröffentlichten Aufruf zu und nahm eine Information über die Streitigkeiten in Berlin zwischen den verschiedenen Betriebsrätezentralen entgegen.

Sodann beschäftigte sich der Ausschuss mit den Verufen der Finanzbehörden, die Gewerkschaften entgegen den gesetzlichen Vorschriften zum Reichskontingenter und zur Kapitalertragssteuer heranzuziehen. Es wurden den Vorständen eingehende Instruktionen gegeben, die Veranlassung zum Reichskontingenter abzugeben und gegen jeden Einzelfall der Erhebung von Kapitalertragssteuer im Besondere vorzugehen und die Widerstattung der Beiträge zu verweigern. Für letzteres soll ein einheitliches Formular ausgearbeitet und den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden.

Im weiteren wurde der Wunsch des Reichsamts für Arbeitsvermittlung nach Einreichung der vierteljährlichen Organisationsstatistik zur Kenntnis gebracht. Gegen die Absicht des Internationalen Gewerkschaftsbundes, den diesjährigen internationalen Gewerkschaftskongreß in Brüssel abzuhalten, wurde Einspruch erhoben mit der Begründung, daß den deutschen Gewerkschaften dadurch die Teilnahme erschwert würde. Es wurde als Tagungsort Kopenhagen in Vorschlag gebracht und beschlossen, sich an einem Kongreß in Brüssel nicht zu beteiligen.

Mit der deutschen Gewerkschaftszentrale in der Tschechoslowakei ist folgende Vereinbarung getroffen worden, der der Ausschuss zustimmt:

Gegenseitigkeitsverträge zwischen den Gewerkschaften Deutschlands und den Gewerkschaften der Tschechoslowakei.

1. Die in Betracht kommenden Gewerkschaftszentralen der beider Länder verhandeln auf der Grundlage der bestehenden, mit den internationalen Gewerkschaften abgeschlossenen Verträge über neue Vereinbarungen.

2. Die deutschen Gewerkschaften der Tschechoslowakei sind bestrebt, sich mit den tschechischen Landeszentrale der Tschechoslowakei über die Einsetzung eines gemeinsamen paritätischen Gewerkschaftsausschusses zu einigen, der zugleich nach außen hin als Landeszentrale der Tschechoslowakei gelten und die internationalen Gegenseitigkeitsverträge regeln soll, soweit nicht die internationalen Berufsverbände darüber selbständig bestimmen.

3. Dieser gemeinsame Ausschuss der gesamten Gewerkschaften der Tschechoslowakei soll zugleich das Verhältnis der letzteren zum internationalen Gewerkschaftsbund regeln.

Eine eingehende Aussprache knüpfte sich an die Mitteilung von dem Abbruch des internationalen Boykotts gegen Ungarn und an die verschiedenen gegen die deutschen Gewerkschaften erhobenen Vorwürfe, daß sie bei der Durchführung des Boykotts verfehlt hätten. Dabei wurde dargelegt, daß der Boykott vom Internationalen Gewerkschaftsbund ohne vorherige Verhandlung mit den in Betracht kommenden Ländern beschlossen und nicht genügend vorbereitet worden sei. Verfehlt hätten nicht die deutschen Gewerkschaften, sondern die Gewerkschaften derjenigen Länder, aus denen die für Ungarn bestimmten Erzeugnisse kamen. Eine Kontrolle des Durchgangsverkehrs ist überaus schwierig und ohne ganz verhindert werden. Auch nach Deutschland für die Durchführung des Boykotts viel weniger in Frage als die an Ungarn grenzenden Länder. Aus dem vorerwähnten Erperiment müsse die Lehre gezogen werden, ein anderes Mal sich vorher über die Erfolgsmöglichkeiten klar zu werden und solche Aktionen einheitlicher und sorgfältiger vorzubereiten.

Am letzten Stills wurde vor der Förderung deutscher Einwanderung nach Sowjetrußland gewarnt, da dort zurzeit für die deutschen Industrie- und Sachverwalter alle Voraussetzungen erfolgreicher Betätigung und auch nur der geringsten Erträge fehlen. Rußland komme gewiß für die künftige Auswanderung ganz hervorragend in Frage, aber hierfür müßten die Bedingungen und Aufnahmebedingungen erst durch Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen und durch Sachverständigenausschüsse geordnet und vorbereitet werden. Ein Aufruf im „Textilarbeiter“, der den Anschluß an eine sog. „Deutsche Industrie- und Handelskammer“ empfahl, eine höchst zweifelhafte und schädliche Gründung politischer Geschäftstriebe, wurde allgemein mißbilligt. Die Arbeiterkass kann nicht entsetzt genug vor solchen Auswanderungsgefahrungen gewarnt werden.

Abendmiete der Arbeit in Frankfurt a. M.

Ein gemischter Ausschuss in Frankfurt a. M., in dem das Reichs- und das preussische Staatsministerium, die städtischen Körperschaften, die Universität, die Kreisverbände der Berufsvereine (Gewerkschaften usw.) und die bedeutendsten Frankfurter Wohlfahrts- und Bildungsorganisationen vertreten waren, hat die Vorarbeiten abgeschlossen, die zur Gründung einer Akademie der Arbeit in Anlehnung an die Universität Frankfurt führen sollen. Die Beratungen erstreckten sich hauptsächlich auf die Fragen der Zweckbestimmung der neuen Anstalt, die Ziele und Methoden des Unterrichts, die Verwaltungsführung und die Bedienung der voraussichtlichen Kosten. Als Teilnehmer (die Zahl 100 soll vorerst nicht übersteigen werden) sind Arbeiter und nicht akademisch gebildete Angestellte und Beamte in Aussicht genommen, Männer und Frauen zwischen 21 und 40 Jahren, deren Berufsbildung, Berufserfahrung und Charaktereigenschaften aus von der Seite der Hörer aus eine starke Reife des Unterrichts verspricht. Um den Lehrkräften die Möglichkeit zu geben, die Erfahrung- und Vorkenntnisse der Lernenden zur Grundlage des Unterrichts zu machen, soll zwischen Lehrern und Hören sowie unter den Hören selbst eine enge Arbeitsgemeinschaft angestrebt werden. Den Arbeitsstoff bildet in erster Linie die Erkenntnis der Zusammenhänge des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, sowie die Hauptfragen der Rechts- und Staatslehre. Daneben ist eine Einführung in die naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise und eine philosophisch-pädagogische Grundlegung vorgesehen. Der vollständige Lehrgang soll vier Semester dauern. Irgendwelche Fachausbildung ist nicht beabsichtigt. Auch sollen partizipatorische Vorträge jeder Art ausgeführt werden. Der Ausschuss hat das Ergebnis der Beratungen in einem kurzen Bericht zusammengefaßt, der gegenwärtig an alle interessierten öffentlichen Körperschaften und Gesamtverbände der großen Berufs- und Bildungsorganisationen im Reich versandt wird, um deren Stellungnahme zu erfahren. Nach Eingang der Antworten will der Ausschuss die Interessenten zu einer gemeinsamen Zugung zusammenführen, auf der die Gründung endgültig beschlossen werden soll.

„Metallarbeiter-Zeitung“ und Räteystem.

Die Nummer 34 der „Metallarbeiter-Ztg.“ vom 21. August berichtet, daß der Vorstand und der Ausschuss des Verbandes an Stelle des aus der Redaktion ausgeschiedenen Redakteurs Richard Müller (Reichsmüller) den Kollegen Paul Ufermann aus Düsseldorf neben dem bisherigen Redakteur Paul Saase mit der Redaktion betraut hat. Die neue Redaktion veröffentlicht eine längere programmatische Erklärung, in der sie sich verpflichtet, die Redaktion in Ueber-Einstimmung mit den Beschlüssen des letzten Verbandstages zu führen. Ueber die Stellung zum Räteystem heißt es in der Erklärung:

„Das Räteystem ist das Herrschaftsinstrument der Arbeiterklasse der Zukunft. Ausgebaut und gegliedert nach wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten, soll es zu einem Organismus gestaltet werden, der geeignet ist, die Herrschaft der bestehenden Klasse in der Politik sowohl als auch im Wirtschaftsleben abzulösen und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Dies kann nur geschehen unter Mitwirkung der jetzigen Betriebsräte und deren Zusammenfassung durch die Gewerkschaften bildet nach unserer Meinung die einzige Möglichkeit, den proletarischen, über die papierenen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinaus, Macht und Kraft zu verleißen. Dagegen ist von den Massen der Arbeiterkass als Ueber- und Sonderorganisation können die Betriebsräte ihre revolutionären Aufgaben nicht erfüllen. Das Räteystem als ein Ueber-Organisationsgebilde zu schaffen, lehnte das Verbandstages ausdrücklich ab.“

Als vornehmstes Glied der revolutionären Kampforganisationen der Arbeiterklasse bedarf der Deutsche Metallarbeiterverband aller feindlichen Kräfte, wenn er seine historische Aufgabe erfüllen soll, die ihm gestellt ist. Es ist unmöglich, die Betriebsräte von den Gewerkschaften loszulösen und sie in einer Sonderorganisation zusammenzufassen. Nach Karl Marx sind die Gewerkschaften die Brennpunkte des Klassenkampfes. Ausgehend hier von haben wir uns bemüht, die Gewerkschaften auf den Boden des reinen Klassenkampfes zurückzuführen, und streben danach, die Macht der Gewerkschaften zu erweitern und zu vertiefen. Wir müssen es deshalb ablehnen, die Gewerkschaften durch Gründung von Ueberorganisationen zu Kampfgebilden zweiter Klasse zu degradieren. Die Idee der Arbeitergemeinschaften mit dem Unternehmer lehnen wir entschieden ab. In diesem Sinne soll und uns in der Frage des Räteystems gearbeitet werden.“

Diese Sätze zeigen eine deutliche Abkehr von den Anschauungen, die Richard Müller über das Räteystem vertritt und die in der Betriebsrätezentrale in der Pflanzstraße in Berlin ihren Niederschlag gefunden haben.

